

TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH BONN

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

INHALT

JAHRESABSCHLUSS DER TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

3	Bilanz
4	Gewinn- und Verlustrechnung
5	Anhang
5	Grundlagen und Methoden
11	Erläuterungen zur Bilanz
20	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
25	Sonstige Angaben

BILANZ

in Mio. €	Anmerkung	31.12.2017	31.12.2016
AKTIVA			
ANLAGEVERMÖGEN			
	1		
Immaterielle Vermögensgegenstände		4 819	5 395
Sachanlagen		14 671	13 478
Finanzanlagen		366	410
		19 856	19 283
UMLAUFVERMÖGEN			
Vorräte	2	277	235
Forderungen	3	1 513	1 407
Sonstige Vermögensgegenstände	4	400	566
Flüssige Mittel	5	7	9
		2 197	2 217
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	6	259	245
AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG			
	7	8	2
BILANZSUMME			
		22 320	21 747
PASSIVA			
EIGENKAPITAL			
	8		
Gezeichnetes Kapital		1 515	1 515
Kapitalrücklage		588	588
		2 103	2 103
RÜCKSTELLUNGEN			
Rückstellungen für Pensionen	9	296	363
Steuerrückstellungen	10	1	3
Sonstige Rückstellungen	11	782	765
		1 079	1 131
VERBINDLICHKEITEN			
	12	18 719	18 209
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	13	419	304
BILANZSUMME			
		22 320	21 747

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

in Mio. €	Anmerkung	2017	2016
Umsatzerlöse	14	21 578	21 457
Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	15	17	30
GESAMTLEISTUNG		21 595	21 487
Sonstige betriebliche Erträge	16	316	374
Materialaufwand	17	(7 060)	(7 021)
Personalaufwand	18	(919)	(1 001)
Abschreibungen	19	(3 203)	(3 110)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20	(6 135)	(6 092)
Finanzergebnis	21	(733)	(743)
ERGEBNIS NACH STEUERN		3 861	3 894
Sonstige Steuern	22	0	0
AUFGRUND EINES ERGEBNISABFÜHRUNGSVERTRAGS ABZUFÜHRENDER GEWINN	23	3 861	3 894
JAHRESÜBERSCHUSS		-	-

ANHANG

GRUNDLAGEN UND METHODEN

BESCHREIBUNG DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die Telekom Deutschland GmbH, Bonn (im Folgenden Telekom Deutschland oder Gesellschaft genannt), tritt als Anbieter von Telekommunikationsdiensten, Mobilkommunikation, Informationstechnologie, Multimedia, Information und Unterhaltung, von Sicherheitsdienstleistungen sowie von Vertriebs- und Vermittlungsdienstleistungen auf. Ihre Geschäftstätigkeit erstreckt sich auf das In- und Ausland.

Die Telekom Deutschland ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn unter der Nr. HRB 5919 eingetragen. Alleinige Gesellschafterin ist die Deutsche Telekom AG, Bonn (im Folgenden Deutsche Telekom genannt). Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1,5 Mrd. €.

Zwischen der Telekom Deutschland und der Deutschen Telekom besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Darüber hinaus besteht eine gewerbe-, körperschaft- und umsatzsteuerliche Organschaft zur Deutschen Telekom.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Deutschen Telekom im Sinne des § 271 Abs. 2 HGB. Der Jahresabschluss der Telekom Deutschland wird in den Konzernabschluss der Deutschen Telekom als Mutterunternehmen einbezogen. Die Deutsche Telekom stellt den Konzernabschluss für den größten und gleichzeitig kleinsten Kreis von Unternehmen auf, in den die Gesellschaft einbezogen ist. Die Aufstellung des Konzernabschlusses der Deutschen Telekom erfolgt nach § 315e HGB unter Anwendung EU-konformer International Financial Reporting Standards (IFRS) und hat gemäß § 291 Abs. 1 und 2 HGB befreiende Wirkung für die Telekom Deutschland. Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und ist ferner über die Internetseiten des Unternehmensregisters sowie der Deutschen Telekom zugänglich. Auf die Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses wird gemäß § 291 Abs. 1 und 2 HGB verzichtet.

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 9. März 2017 wurde nach § 264 Abs. 3 HGB auf die Erstellung eines Lageberichts verzichtet. Des Weiteren wird gemäß § 264 Abs. 3 HGB im Rahmen dieses Gesellschafterbeschlusses auf die Veröffentlichung des Jahresabschlusses der Telekom Deutschland verzichtet.

INGESCHRÄNKTE VERGLEICHBARKEIT MIT VORJAHRESZAHLEN AUFGRUND ORGANISATORISCHER VERÄNDERUNGEN

Gemäß § 265 Abs. 2 S. 1 HGB wurden für die Bilanz zum 31. Dezember 2017 und die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 die Beträge des vorangegangenen Geschäftsjahres der Gesellschaft angegeben.

Die Geschäftsführung der Telekom Deutschland hat mit Datum vom 10. Juni 2016 eine strategische Neuausrichtung des operativen Segments Deutschland im Rahmen des Projekts „Einf@ch Anders“ beschlossen. Im Zuge dieser Neuausrichtung hat die Telekom Deutschland zum 1. Juli 2017 die Betriebsteile der Geschäftskundenbetreuung, des Auftragsmanagements Wholesale sowie der HR- und Projektfunktionen, die für die Steuerung und Betreuung von Serviceprozessen zuständig sind, durch Kauf- und Übertragungsvertrag vom 22. Juni 2017 im Rahmen von Betriebsübergängen nach § 613a BGB auf die Deutsche Telekom Service GmbH (bis zum 30. Juni 2017: Deutsche Telekom Kundenservice GmbH), Bonn, übertragen.

Des Weiteren hat die Telekom Deutschland im Rahmen des Projekts „Einf@ch Anders“ zum 1. Juli 2017 die Betriebsteile Indirekter Vertrieb und Service (Privatkunden) sowie Internet Vertrieb und Service (Privatkunden) durch Kauf- und Übertragungsvertrag vom 22. Juni 2017 im Rahmen von Betriebsübergängen nach § 613a BGB auf die Deutsche Telekom Privatkunden-Vertrieb GmbH (bis zum 30. Juni 2017: Telekom Shop Vertriebsgesellschaft mbH), Bonn, übertragen. Im Gegenzug hat die Telekom Deutschland zum 1. Juli 2017 den Betriebsteil Handelslogistik durch Kauf- und Übertragungsvertrag vom 22. Juni 2017 im Rahmen eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB von der Deutsche Telekom Privatkunden-Vertrieb GmbH, Bonn, übernommen.

Die aufgrund der Kauf- und Übertragungsverträge im Rahmen des Projekts „Einf@ch Anders“ übertragenen Vermögensgegenstände und Schulden stellen sich im Einzelnen wie folgt dar (in Tsd. €):

in Tsd. €	Übertragungen an Deutsche Telekom Service GmbH	Übertragungen an Deutsche Telekom Privatkunden- Vertrieb GmbH	Übertragungen von Deutsche Telekom Privatkunden- Vertrieb GmbH	Summe
VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
ANLAGEVERMÖGEN				
Immaterielle Vermögensgegenstände	(2 430)		0	(2 430)
Sachanlagen	(160)	(977)	0	(1 137)
	(2 590)	(977)	0	(3 567)
UMLAUFVERMÖGEN				
Sonstige Vermögensgegenstände	(319)	(85)	3	(401)
	(319)	(85)	3	(401)
SUMME AKTIVA	(2 909)	(1 062)	3	(3 968)
SCHULDEN				
RÜCKSTELLUNGEN				
Rückstellungen für Pensionen	(120 492)	(26 826)	15	(147 303)
Sonstige Rückstellungen	(18 739)	(4 903)	49	(23 593)
	(139 231)	(31 729)	64	(170 896)
VERBINDLICHKEITEN	(1 381)	(459)	0	(1 840)
SUMME PASSIVA	(140 612)	(32 188)	64	(172 736)
AUSGLEICHSPOSTEN CASH MANAGEMENT				
Verbindlichkeiten aus Cash Management	137 703	31 126	(61)	168 768

Aufgrund der vorstehend beschriebenen Betriebsübergänge ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt gegeben (§ 265 Abs. 2 S. 2 HGB). Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst (§ 265 Abs. 2 S. 3 HGB).

Soweit die Auswirkungen der Übertragungen im Rahmen des Projekts „Einf@ch Anders“ wesentlich und ihre Kenntnis für ein besseres Verständnis der Geschäftszahlen erforderlich sind, werden sie bei der Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

GRUNDLAGEN DER BILANZIERUNG

Der Jahresabschluss der Telekom Deutschland wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) für große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB sowie nach dem Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Gliederungsvorschriften der §§ 266 und 275 HGB, wobei die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert ist. Der Ausweis erfolgt in Millionen Euro (Mio. €), sofern nichts anderes angegeben wird. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Soweit zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit in Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst werden, erfolgt ein getrennter Ausweis im Anhang. Erforderliche Zusatzangaben für einzelne Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen ebenfalls im Anhang.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet und planmäßig über die jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.

Die Telekom Deutschland übt das Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB zur Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände nicht aus.

In der Eröffnungsbilanz der Deutschen Telekom sind, in Ausübung des durch die Postreform II gewährten Wahlrechts, die am 1. Januar 1995 auf die Deutsche Telekom übergegangenen Vermögensgegenstände des **Sachanlagevermögens** mit ihren Verkehrswerten angesetzt worden. Dabei wurden wegen ihrer Nähe zum Bewertungsstichtag bei den ab dem 1. Januar 1993 zugegangenen Sachanlagen deren Restbuchwerte zum 31. Dezember 1994 als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zum Ansatz gebracht. Die Restnutzungsdauern und die Abschreibungsmethode für diese Vermögensgegenstände werden unverändert fortgeführt. Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte gelten seitdem als die Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieser Sachanlagen. Durch die Aufnahme des Geschäftsbereichs T-Home aus der Deutschen Telekom zum 1. Januar 2010 ist ein großer Teil dieser Vermögensgegenstände in das Anlagevermögen der Gesellschaft übergegangen.

Im Übrigen wird das Sachanlagevermögen zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Dabei umfassen die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.

Die **planmäßigen Abschreibungen** werden grundsätzlich linear vorgenommen. Die dabei zugrunde gelegten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern basieren auf einer betriebsindividuellen Einschätzung, die sowohl technische als auch wirtschaftliche Entwertungsfaktoren berücksichtigt.

Entfallen die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung in den Folgejahren teilweise oder ganz, erfolgt eine Zuschreibung in Höhe der eingetretenen Wertaufholung, höchstens jedoch bis zu dem Wert, der sich ohne Vornahme der außerplanmäßigen Abschreibung ergeben hätte.

Seit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) dürfen Abschreibungen, die allein steuerrechtlich zulässig sind, im handelsrechtlichen Jahresabschluss grundsätzlich nicht mehr vorgenommen werden. Die Telekom Deutschland übt das Wahlrecht der Beibehaltung der bisherigen Wertansätze gemäß Art. 67 Abs. 4 S. 1 EGHGB aus. Der zum 31. Dezember 2009 erreichte Restbuchwert wird seit dem 1. Januar 2010 linear über die Restnutzungsdauer abgeschrieben. Die Anwendung der linearen Abschreibungsmethode trägt zur Vermittlung eines besseren, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bei.

Im Wesentlichen liegen den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zugrunde:

	Jahre
Konzessionen, Schutzrechte, sonstige Nutzungsrechte	2 bis 10 oder nach vertraglicher Vereinbarung
Software	2 bis 4
GSM-Lizenz	17
UMTS-Lizenz	20 Jahre, 5 Monate
LTE-Lizenz	15 bis 18,5
Einrichtungen der Fernsprechkdienste und sonstige fernmeldetechnische Anlagen	4 bis 10
Vermittlungs-, Übertragungs-, IP- und Funkeinrichtungen	3 bis 10
Fernmeldetechnische Liniennetze	15 bis 35
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 23

Die Zugänge zu Immobilien und beweglichen Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden ab dem Zugangsjahr pro rata temporis abgeschrieben.

Seit dem 1. Januar 2008 werden Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht mehr als 150 € betragen, im Zugangsjahr sofort abgeschrieben. Betragen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 150 €, aber nicht mehr als 1 000 €, werden die Vermögensgegenstände in jährlichen Sammelposten, die insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind, aktiviert und über einen Zeitraum von fünf Jahren planmäßig abgeschrieben. Mit dem Zeitpunkt der vollständigen Abschreibung werden diese Vermögensgegenstände im Anlagespiegel als Abgang ausgewiesen. Das steuerliche Sammelpostenverfahren wird aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz angewendet.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden bei Verkauf oder sonstigem Abgang mit ihren jeweiligen Buchwerten (Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der kumulierten Abschreibungen) ausgebucht. In Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Verkaufserlös und dem Buchwert des Vermögensgegenstands wird ein Gewinn oder Verlust aus Anlageabgang ergebniswirksam berücksichtigt.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Bei Beteiligungserwerben in Fremdwährung wird zur Ermittlung der Anschaffungskosten der Tageskurs zugrunde gelegt. Die Ausleihungen entsprechen den gewährten Darlehensbeträgen, vermindert um Tilgungen und – soweit erforderlich – um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Außerplanmäßige Abschreibungen werden auf Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und **Waren** werden zu Anschaffungskosten, die **unfertigen Leistungen** zu Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten enthalten auf Basis einer planmäßigen Kapazitätsauslastung sowohl die direkt zurechenbaren Einzelkosten wie Material- und Lohnkosten als auch Sondereinzelkosten der Fertigung zuzüglich angemessener anteiliger Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie Abschreibungen. Das Wahlrecht, Teile der Verwaltungskosten sowie der Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung in die Herstellungskosten einzubeziehen, wird von der Telekom Deutschland nicht ausgeübt. Forschungs- und Vertriebskosten sowie Fremdkapitalzinsen werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen werden unter den Verbindlichkeiten gesondert ausgewiesen (§ 268 Abs. 5 S. 2 HGB).

Vorräte werden zum Abschlussstichtag abgewertet, wenn die Wiederbeschaffungskosten oder der Marktwert niedriger sind. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer bzw. verminderter Verwertbarkeit ergeben, werden durch angemessene Abschläge berücksichtigt.

Nach § 240 Abs. 4 HGB werden gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens jeweils zu einer Gruppe zusammengefasst und mit dem gleitend gewogenen Durchschnittspreis angesetzt.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und **flüssige Mittel** werden zum Nennbetrag angesetzt. Einzelrisiken werden durch angemessene Wertberichtigungen und das allgemeine Ausfallrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung auf den Forderungsbestand berücksichtigt. Niedrig- bzw. unverzinsliche Positionen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden abgezinst.

Auf fremde Währung lautende Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet und unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips (§ 253 Abs. 1 S. 1 HGB) und des Realisationsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HS. 2 HGB) bewertet. Kurzfristige Posten mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr werden gemäß § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wird gemäß § 266 Abs. 2 Buchst. C HGB als gesonderter Posten angesetzt. Er wird zu jedem Abschlussstichtag neu berechnet. Das im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthaltene Disagio resultiert aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Finanzverbindlichkeit und deren niedrigerem Ausgabebetrag. Das Disagio wird planmäßig über die Laufzeit der Finanzverbindlichkeiten abgeschrieben (§ 250 Abs. 3 S. 2 HGB). Die Telekom Deutschland macht keinen Gebrauch von der Möglichkeit einer sofortigen aufwandswirksamen Erfassung des Unterschiedsbetrags.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergeben sich aus Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern. Sie werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Dabei werden auch künftig zu erwartende Steigerungen der Gehälter und Renten berücksichtigt. Der Zinssatz zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen entspricht dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB). Nach dem am 21. März 2016 in Kraft getretenen „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ ergibt sich der durchschnittliche Marktzinssatz zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (bis zum Geschäftsjahr 2015: sieben Geschäftsjahre). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ist ausschüttungsgesperrt (§ 253 Abs. 6 S. 2 HGB). Soweit aufgrund der geänderten Bewertung mit Inkrafttreten des BilMoG eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen erforderlich ist, ist der Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln (Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB). Die Gesellschaft hat das Wahlrecht so ausgeübt, dass der jährliche Zuführungsbetrag einem Fünfzehntel des insgesamt zuzuführenden Betrags entspricht. Dieser Betrag wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gesondert ausgewiesen.

Die Telekom Deutschland hat in der Vergangenheit **Altersteilzeitvereinbarungen** mit variierenden Konditionen und Vertragsbedingungen überwiegend nach dem sogenannten Blockmodell abgeschlossen. In diesem Zusammenhang entstehen zwei Arten von Verpflichtungen, die jeweils in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit ihrem Barwert bewertet und getrennt voneinander bilanziert werden. Dabei handelt es sich um Erfüllungsrückstände und Aufstockungsbeträge. Aufstockungsbeträge haben regelmäßig einen hybriden Charakter, d. h., obwohl einerseits der Vereinbarung häufig eine Kompensationsfunktion für eine frühere Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugemessen wird, steht die spätere Auszahlung andererseits unter dem Vorbehalt der künftigen Erbringung von Arbeitsleistungen. Soweit in vorangegangenen Geschäftsjahren abgeschlossene Altersteilzeitprogramme überwiegend Abfindungscharakter hatten, wurden Aufstockungsbeträge unmittelbar bei Entstehen der Verpflichtung in voller Höhe erfasst. In aktuellen

Altersteilzeitvereinbarungen steht die Erbringung künftiger Arbeitsleistungen im Vordergrund, daher werden die Aufstockungsbeträge über den Erdienungszeitraum erfasst.

Die Bewertung der Verpflichtungen aus **Langzeitguthaben** erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Barwert. Die Verpflichtungen aus **Lebensarbeitszeitkonten** entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der hierfür abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen.

Zur Absicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeit, Lebensarbeitszeitkonten, Langzeitguthaben und Pensionszusagen wurden Wertpapiere im sogenannten Contractual Trust Arrangement (CTA) auf einen Treuhänder übertragen. Gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB werden die Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten, Langzeitguthaben und Pensionsverpflichtungen sowie die Rückstellungen für Erfüllungsrückstände bei Altersteilzeit mit dem entsprechenden Deckungsvermögen verrechnet. Das verrechnete Deckungsvermögen wird nach § 253 Abs. 1 S. 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Entsteht durch die Verrechnung ein aktiver Unterschiedsbetrag, so wird dieser als gesonderter Posten ausgewiesen (§ 266 Abs. 2 Buchst. E HGB). Gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB werden auch die Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Vermögen innerhalb des Finanzergebnisses verrechnet. Übersteigt der Zeitwert des Deckungsvermögens die historischen Anschaffungskosten, unterliegt dieser Teil gemäß § 268 Abs. 8 HGB der Ausschüttungssperre.

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **sonstigen Rückstellungen**, einschließlich solcher für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und für Umweltrisiken, werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Bei der Bemessung dieser Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen. Die zu erwartenden zwischenzeitlichen Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden zum Stichtag mit dem von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Zinssatz abgezinst. Als Zinssatz wird der durchschnittliche laufzeitadäquate Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet.

Im Rahmen der Erfolgsvergütungskomponente Variable I ist das Business Leader Team vertraglich verpflichtet und sind auf freiwilliger Basis auch andere Führungskräfte ermächtigt, einen Teil der festgesetzten jährlichen variablen Vergütung, der sich nach dem Grad der Zielerreichung der für das Geschäftsjahr fixierten Zielvorgabe jeder Person bestimmt, in Aktien der Deutschen Telekom zu investieren und über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren zu halten. Die Deutsche Telekom wird für die von den Planberechtigten erworbenen Aktien zusätzliche Aktien gewähren (Share Matching Plan), die nach Ablauf der vierjährigen Haltefrist den Planberechtigten aus dem durch die Deutsche Telekom gehaltenen Bestand an eigenen Aktien zugeteilt werden. Darüber hinaus wird für das Business Leader Team sowie weitere Führungskräfte eine erfolgsabhängige Vergütung in Abhängigkeit von der Erfüllung langfristiger Zielvorgaben ausgelobt (Variable II bzw. Long Term Incentive Plan). Für die voraussichtlichen Kosten des Share Matching Plans, der Variable I, der Variable II und des Long Term Incentive Plans werden Rückstellungen gebildet. Der hieraus entstehende Personalaufwand wird über die jeweilige Laufzeit verteilt.

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bilanziert. In den Fällen, in denen der Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit höher ist als der Ausgabebetrag, wird der Unterschiedsbetrag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und auf die Laufzeit der Verbindlichkeit erfolgswirksam verteilt. Verbindlichkeiten, die auf fremde Währung lauten, werden gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet und unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips (§ 253 Abs. 1 S. 1 HGB) und des Realisationsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Hs. 2 HGB) bewertet. Kurzfristige Posten mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr werden gemäß § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Entsprechend dem Imparitätsprinzip werden Bewertungsverluste aus originären und derivativen **Finanzinstrumenten** sofort aufwandswirksam berücksichtigt. Bewertungsgewinne werden erst zum Zeitpunkt ihrer Realisierung ertragswirksam erfasst.

Auf Ebene der Telekom Deutschland werden keine **latenten Steuern** bilanziert. Latente Steuern werden grundsätzlich auf der Ebene des Organträgers Deutsche Telekom abgebildet.

Als **Umsatzerlöse** werden alle Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie der Erbringung von Dienstleistungen ausgewiesen. Dies betrifft im Wesentlichen Erlöse aus den Bereichen Telefondienstleistungen Festnetz, Internet, Mobilfunk, Endgerätegeschäft und sonstige Umsatzerlöse.

Der Ausweis der Umsatzerlöse erfolgt nach dem Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern. Entsprechend dem Realisationsprinzip erfolgt eine periodengerechte Erfassung.

Forschungs- und Entwicklungskosten werden zum Zeitpunkt ihres Entstehens als Aufwand erfasst.

Die **Aufwendungen für Altersversorgung** umfassen Aufwendungen im Rahmen der Dotierung der Pensionsrückstellungen für die beschäftigten Arbeitnehmer und Versorgungszuschläge für beurlaubte Beamte.

ERMESSENSPIELRÄUME

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses muss die Gesellschaft Einschätzungen vornehmen und Annahmen treffen, welche die Ansätze der Vermögensgegenstände und Schulden, die Angabe von Risiken und Unsicherheiten bezüglich der angesetzten Vermögensgegenstände und Schulden zum Abschlussstichtag sowie die Aufwendungen und Erträge für den Berichtszeitraum beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1 ANLAGEVERMÖGEN

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** beinhalten im Wesentlichen entgeltlich erworbene Lizenzen und Nutzungsrechte. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Mobilfunklizenzen in Höhe von 3,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,7 Mrd. €) und um Nutzungsrechte an Individual- und Standard-Software in Höhe von 1,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1,4 Mrd. €).

Die Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen belaufen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 612 Mio. € (2016: 727 Mio. €) und betreffen im Wesentlichen den Erwerb von Nutzungsrechten an Software in Höhe von 374 Mio. € (2016: 603 Mio. €).

Das **Sachanlagevermögen** in Höhe von 14,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 13,5 Mrd. €) umfasst im Wesentlichen das fernmelde-technische Liniennetz in Höhe von 9,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 8,8 Mrd. €) und die Übertragungstechnik in Höhe von 2,9 Mrd. € (31. Dezember 2016: 2,8 Mrd. €).

Die Zugänge im Sachanlagevermögen in Höhe von 3,3 Mrd. € (2016: 3,0 Mrd. €) betreffen neben den im Bau befindlichen Anlagen sowie geleisteten Anzahlungen in Höhe von 1,0 Mrd. € (2016: 825 Mio. €) insbesondere Investitionen in das fernmeldetechnische Liniennetz in Höhe von 1,1 Mrd. € (2016: 1,1 Mrd. €) und in die Übertragungstechnik in Höhe von 655 Mio. € (2016: 668 Mio. €). Des Weiteren erfolgten Investitionen in den Bereichen Funktechnik mit 248 Mio. € (2016: 118 Mio. €) sowie sonstige fernmeldetechnische und übrige Anlagen mit 221 Mio. € (2016: 224 Mio. €).

Die **Finanzanlagen** beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 179 Mio. € (31. Dezember 2016: 194 Mio. €), Beteiligungen in Höhe von 5 Mio. € (31. Dezember 2016: 7 Mio. €) und sonstige Ausleihungen in Höhe von 182 Mio. € (31. Dezember 2016: 209 Mio. €). Im Berichtsjahr wurde die Delta Telekommunikationsdienste GmbH, Bonn, auf die Telekom Deutschland verschmolzen. Damit verminderten sich die Anteile an verbundenen Unternehmen um 15 Mio. €. Der Rückgang der Beteiligungen um 2 Mio. € ist auf den Verkauf von Anteilen an der CTDI GmbH, Malsch, zurückzuführen. Die sonstigen Ausleihungen betreffen ein langfristiges Darlehen im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung des Wholesale-Bereichs, welches sich durch Tilgungen im Berichtsjahr um 27 Mio. € auf 182 Mio. € reduzierte.

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird unter Anmerkung 32 aufgeführt.

Anlagespiegel

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten								Stand 31.12.2017
	Stand 1.1.2017	Zugänge	Zugänge aus Übertragungen von Konzern- unternehmen	Zugänge aus Umwand- lungen und ähnlichen Vorgängen	Abgänge	Abgänge aus Übertragungen an Konzern- unternehmen	Abgänge aus Umwand- lungen und ähnlichen Vorgängen	Um- buchungen	
in Mio. €									
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE									
1. Entgeltlich erworbene Lizenzen und ähnliche Rechte	14 721	513	-	16	(972)	(3)	-	118	14 393
2. Geleistete Anzahlungen	182	99	-	-	(4)	-	-	(118)	159
	14 903	612	-	16	(976)	(3)	-	-	14 552
II. SACHANLAGEN									
1. Grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	417	3	-	-	-	-	-	1	421
2. Technische Anlagen und Maschinen	69 254	2 198	17	-	(611)	(2)	-	861	71 717
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	487	31	-	-	(57)	(4)	-	7	464
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1 024	1 026	-	-	(13)	(1)	-	(869)	1 167
	71 182	3 258	17	-	(681)	(7)	-	-	73 769
III. FINANZANLAGEN									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	194	-	-	-	-	-	(15)	-	179
2. Beteiligungen	7	-	-	-	(2)	-	-	-	5
3. Sonstige Ausleihungen	209	-	-	-	(27)	-	-	-	182
	410	-	-	-	(29)	-	(15)	-	366
ANLAGEVERMÖGEN	86 495	3 870	17	16	(1 686)	(10)	(15)	-	88 687

Abschreibungen						Buchwert		
Stand 1.1.2017	Zugänge	Zugänge aus Übertragungen von Konzern- unternehmen	Zugänge aus Umwand- lungen und ähnlichen Vorgängen	Abgänge	Abgänge aus Übertragungen an Konzern- unternehmen	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
(9 508)	(1 193)	-	(4)	971	1	(9 733)	4 660	5 213
-	-	-	-	-	-	-	159	182
(9 508)	(1 193)	-	(4)	971	1	(9 733)	4 819	5 395
(319)	(38)	-	-	0	-	(357)	64	98
(56 946)	(1 940)	(17)	-	573	1	(58 329)	13 388	12 308
(439)	(32)	-	-	57	2	(412)	52	48
-	-	-	-	-	-	-	1 167	1 024
(57 704)	(2 010)	(17)	-	630	3	(59 098)	14 671	13 478
-	-	-	-	-	-	-	179	194
-	-	-	-	-	-	-	5	7
-	-	-	-	-	-	-	182	209
-	-	-	-	-	-	-	366	410
(67 212)	(3 203)	(17)	(4)	1 601	4	(68 831)	19 856	19 283

2 VORRÄTE

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9	12
Unfertige Leistungen	-	2
Waren	268	221
	277	235

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** umfassen im Wesentlichen Baumaterial.

Unter den **Waren** werden im Wesentlichen Endgeräte ausgewiesen. Dazu gehören sowohl Mobilfunkendgeräte als auch Festnetz- und IP-Produkte. Der Anstieg der Waren um 47 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus dem Bestandsaufbau von hochwertigen Smartphones.

3 FORDERUNGEN

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1 260	1 086
davon: mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 0 Mio. € (31.12.2016: 0 Mio. €)		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	253	320
davon: mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 0 Mio. € (31.12.2016: 0 Mio. €)		
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1
davon: mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 0 Mio. € (31.12.2016: 0 Mio. €)		
	1 513	1 407

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen Forderungen gegen Privatkunden sowie kleine und mittlere Geschäftskunden und Forderungen aus dem Wholesale-Geschäft für die Erbringung von inländischen Telekommunikations- und Mehrwertdiensten.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** umfassen im Berichtsjahr Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 240 Mio. € (31. Dezember 2016: 310 Mio. €) sowie sonstige Forderungen in Höhe von 13 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €). Forderungen gegen die Gesellschafterin Deutsche Telekom bestanden in Höhe von 24 Mio. € (31. Dezember 2016: 91 Mio. €) und betreffen im Berichtsjahr ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (31. Dezember 2016: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 89 Mio. € sowie sonstige Forderungen in Höhe von 2 Mio. €).

In den **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 29 Tsd. € enthalten (31. Dezember 2016: 0,4 Mio. €).

4 SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen aus Factoring	333	470
Forderungen aus Kostenerstattungen	28	31
Forderungen aus Finanzierungsleasing	17	33
Forderungen gegen Mitarbeiter	2	2
Übrige sonstige Vermögensgegenstände	20	30
	400	566

Die **Forderungen aus Factoring** beinhalten die revolvingenden Abrechnungen der Forderungen mit den Factoring-Gesellschaften in Höhe von 301 Mio. € (31. Dezember 2016: 438 Mio. €) sowie Veritätsforderungen in Höhe von 32 Mio. € (31. Dezember 2016: 32 Mio. €).

Die **Forderungen aus Kostenerstattungen** resultieren im Wesentlichen aus Investitionszuschüssen und Erstattungen für Schadensfälle.

Die **Forderungen aus Finanzierungsleasing** resultieren aus einer Kooperationsvereinbarung des Wholesale-Bereichs in Höhe von 15 Mio. € (31. Dezember 2016: 30 Mio. €) und aus einer Vereinbarung mit der FC Bayern München AG, München, in Höhe von 2 Mio. € (31. Dezember 2016: 3 Mio. €).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von 1 Mio. € (31. Dezember 2016: 17 Mio. €).

5 FLÜSSIGE MITTEL

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7	9
	7	9

Der **Kassenbestand** besteht im Wesentlichen aus dem Bargeldbestand in Münzfernsprechgeräten. Die Gesamtlaufzeit der flüssigen Mittel beträgt weniger als 3 Monate.

6 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	259	245
	259	245

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Mietvorauszahlungen an die DFMG Deutsche Funkturm GmbH, Münster, in Höhe von 220 Mio. € (31. Dezember 2016: 210 Mio. €).

7 AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden aus Altersteilzeitvereinbarungen, Lebensarbeitszeitkonten und Langzeitguthaben	34	35
Beizulegender Zeitwert der CTA-Vermögen	42	37
Anschaffungskosten der CTA-Vermögen	38	33
Verrechnete Aufwendungen	1	1
Verrechnete Erträge	0	1
Überschuss des Deckungsvermögens über die Verpflichtungen aus Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitvereinbarungen und Langzeitguthaben	8	2

Der **aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung** in Höhe von 8 Mio. € ergibt sich aus der Saldierung von Wertpapieren und Bankkontenguthaben von 42 Mio. € mit den Erfüllungsrückständen der Rückstellungen für Altersteilzeit und den Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeit- und Langzeitkonten von 34 Mio. €. Die Wertpapiere und Bankkontenguthaben, die auf einen Treuhänder übertragen wurden, dienen zur Absicherung der Ansprüche aus Altersteilzeitvereinbarungen, Lebensarbeitszeitkonten und Langzeitguthaben von Mitarbeitern im CTA. Der beizulegende Zeitwert der CTA-Vermögen deckt die abgezinsten Erfüllungsrückstände der Telekom Deutschland aus den Verpflichtungen aus Altersteilzeit und Lebensarbeitszeit- sowie Langzeitkonten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 vollständig ab. Die fortgeführten Anschaffungskosten des CTA-Vermögens für Lebensarbeitszeitkonten entsprechen dem beizulegenden Zeitwert. Die Anschaffungskosten der CTA-Vermögen für Altersteilzeit und Langzeitkonten liegen unter dem beizulegenden Zeitwert. Der daraus resultierende Differenzbetrag von 4 Mio. € ist abführungsgesperrt.

Die Erträge aus dem verrechneten Vermögen werden mit den Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen im Zinsergebnis saldiert.

Die Bewertung der CTA-Vermögen erfolgt zum jeweiligen Stichtag unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Kurswerte.

8 EIGENKAPITAL

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Gezeichnetes Kapital	1 515	1 515
Kapitalrücklage	588	588
	2 103	2 103

Aus der Bewertung der CTA-Vermögen zur Absicherung der Ansprüche aus Pensionszusagen, Altersteilzeit und Langzeitguthaben resultiert ein abführungsgesperrter Betrag gemäß § 268 Abs. 8 S. 3 HGB in Höhe von 29 Mio. € (31. Dezember 2016: 22 Mio. €). Da dieser durch die frei verfügbare Kapitalrücklage gedeckt ist, ist der Gewinn in voller Höhe abzuführen. Der handelsrechtlich ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung der Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 S. 2 HGB ist aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags und des fehlenden Verweises in § 301 AktG nicht abführungsgesperrt.

9 RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN

Der Bilanzansatz der **Pensionsverpflichtungen** wird auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern beruhen auf mittelbaren und unmittelbaren Versorgungszusagen. Zu den mittelbaren Versorgungszusagen zählt die Unterstützungskasse Deutsche Telekom Betriebsrenten-Service (DTBS) e.V., Bonn. Die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen der Telekom Deutschland umfassen die Direktzusagen, die die Gesellschaft unmittelbar erteilt hat.

Seit Einführung des BilMoG zum 1. Januar 2010 erfolgt die Bewertung der Pensionsrückstellungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Der sich durch die geänderte Bewertung der Pensionsrückstellungen ergebende Zuführungsbetrag wird gemäß den Übergangsvorschriften des BilMoG (Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB) über 15 Jahre verteilt.

Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Anteil der aufgrund der Übergangsvorschriften des BilMoG in der Bilanz nicht ausgewiesenen Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 23 Mio. €).

Zum Stichtag liegen der Berechnung folgende Annahmen zugrunde:

in %	2017
Rechnungszinssatz	3,68
Gehaltstrend	2,40
Rententrend	
Allgemein	1,50
Satzungsgemäß	1,00
Fluktuation	4,00

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt unter Verwendung der biometrischen Grundlagen der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Auf Basis der versicherungsmathematischen Gutachten wird zum Abschlussstichtag eine Rückstellung für unmittelbare Pensionsverpflichtungen von 296 Mio. € (31. Dezember 2016: 363 Mio. €) ausgewiesen.

Dieser Buchwert ergibt sich durch Verrechnung des Erfüllungsbetrags der unmittelbaren Altersversorgungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2017 von 469 Mio. € (31. Dezember 2016: 533 Mio. €) mit dem zu Marktwerten ermittelten beizulegenden Zeitwert des CTA-Vermögens von 154 Mio. € (31. Dezember 2016: 147 Mio. €) und dem verbleibenden Zuführungsbetrag (BilMoG) von 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 23 Mio. €). Die Anschaffungskosten des CTA-Vermögens belaufen sich auf 129 Mio. € (31. Dezember 2016: 129 Mio. €) und liegen unter dem beizulegenden Zeitwert. Der Differenzbetrag von 25 Mio. €, um den der beizulegende Zeitwert die historischen Anschaffungskosten des Vermögens übersteigt, ist abführungsgesperrt. Im Berichtsjahr wurden Aufwendungen von 36 Mio. € (2016: 12 Mio. €) mit den Erträgen aus dem verrechneten Vermögen in Höhe von 8 Mio. € (2016: 4 Mio. €) im Zinsergebnis saldiert.

Nach dem am 21. März 2016 in Kraft getretenen „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ ergibt sich der durchschnittliche Marktzinssatz zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (bis zum Geschäftsjahr 2015: sieben Geschäftsjahre). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2017 beträgt 50 Mio. € (31. Dezember 2016: 53 Mio. €).

Das der Telekom Deutschland zugewiesene Vermögen aus der Unterstützungskasse übersteigt in beiden Jahren den Teil der mittelbaren Pensionsverpflichtungen. Daher erfolgt bei den mittelbaren Pensionsverpflichtungen kein Bilanzausweis.

10 STEUERRÜCKSTELLUNGEN

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Steuern	1	3
	1	3

Unter den **Rückstellungen für sonstige Steuern** sind Rückstellungen für Lohnsteuerrisiken ausgewiesen.

11 SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
VERPFLICHTUNGEN AUS DEM PERSONALBEREICH		
Erfolgsvergütung und Sozialversicherungsrisiken	76	81
Altersteilzeit	10	11
Übrige Verpflichtungen	7	9
SONSTIGE VERPFLICHTUNGEN		
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	176	184
Rückbauverpflichtungen	135	145
Prozessrisiken	5	23
Übrige sonstige Rückstellungen	373	312
	782	765

Die Verpflichtungen aus **Erfolgsvergütung und Sozialversicherungsrisiken** umfassen insbesondere Rückstellungen für variable Vergütungen.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** umfasst ausschließlich den Aufstockungsbetrag. Die Rückstellung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitvereinbarungen in Höhe von 26 Mio. € wurde mit dem CTA-Vermögen in Höhe von 32 Mio. € verrechnet.

Die **übrigen Verpflichtungen** aus dem Personalbereich betreffen überwiegend Rückstellungen für Verpflichtungen aus noch nicht verbrauchten Urlaubs- und Gleitzeitguthaben sowie Rückstellungen für Dienstjubiläen.

Die Rückstellungen für **ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen** resultieren im Wesentlichen aus ausstehenden Rechnungen für Interconnection-Kosten und Roaming-Aufwand.

Die Rückstellungen für **Rückbauverpflichtungen** enthalten die prognostizierten Kosten für den Abbruch und das Abräumen von Gebäuden sowie technischen Anlagen und die Wiederherstellung der Standorte, an denen sich die Gebäude und die technischen Anlagen befinden.

Die Rückstellungen für **Prozessrisiken** beinhalten insbesondere mögliche Inanspruchnahmen aus anhängigen Klagen. Der Rückgang der Rückstellungen für Prozessrisiken gegenüber dem 31. Dezember 2016 resultiert vor allem aus der Beendigung von Rechtsstreitigkeiten und dem damit verbundenen Verbrauch bzw. der Auflösung der Rückstellungen.

Die **übrigen sonstigen Rückstellungen** beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Prämien, Provisionen, Werbekostenzuschüsse sowie für Rückvergütungen.

12 VERBINDLICHKEITEN

in Mio. €	31.12.2017				31.12.2016			
	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit			Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	davon: über 5 Jahre		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	davon: über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	801	801	-	-	762	762	-	-
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7	5	2	2	5	4	1	1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 253	1 253	-	-	1 154	1 154	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16 078	14 001	2 077	302	15 835	13 838	1 997	328
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19	19	-	-	3	3	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	561	374	187	48	450	313	137	38
davon: aus Steuern	14	14	-	-	17	17	-	-
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit	14	4	10	2	14	3	11	2
	18 719	16 453	2 266	352	18 209	16 074	2 135	367

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** enthalten im Wesentlichen Finanzverbindlichkeiten aus einem Factoring-Vertrag in Höhe von 791 Mio. €. Aufgrund der rechtlichen Abtretung der Forderungen ist dieser Betrag in voller Höhe besichert. Die im Rahmen dieses Vertrags verkauften Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden weiterhin bei der Telekom Deutschland bilanziert, da trotz der Veräußerung bis zur Begleichung der Forderungen das wesentliche Ausfallrisiko nicht übertragen wird.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** resultieren im Wesentlichen aus bezogenen Waren und Dienstleistungen im Festnetz- und Mobilfunkbereich.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** umfassen im Wesentlichen mit 13,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 13,0 Mrd. €) Verbindlichkeiten aus Cash Management sowie Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 2,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 2,0 Mrd. €). Weiterhin sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 0,4 Mrd. €) und sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 0,4 Mrd. €) enthalten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind mit 15,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,5 Mrd. €) Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Deutsche Telekom ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin resultieren im Wesentlichen aus Cash Management sowie aus verzinslichen Gesellschafterdarlehen, die im Berichtsjahr in Höhe von 35 Mio. € getilgt wurden. Unter den Verbindlichkeiten aus Cash Management ist auch das an die Gesellschafterin abgeführte Jahresergebnis in Höhe von 3,9 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,9 Mrd. €) ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 3 Mio. €).

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Leasing	278	173
Verbindlichkeiten aus nicht verbrauchten Prepaid-Guthaben	122	128
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	44	35
Verbindlichkeiten aus Steuern	14	17
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	103	97
	561	450

Der Anstieg der **Verbindlichkeiten aus Leasing** ist im Wesentlichen auf neue Vertragsabschlüsse im Rahmen des Leasingmodells für Endgeräte zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten aus nicht verbrauchten Prepaid-Guthaben** resultieren im Wesentlichen aus Vorauszahlungen von Kunden für Mobilfunkleistungen der Telekom Deutschland.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern** resultieren im Wesentlichen aus Abfindungsvereinbarungen und kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen aus der betrieblichen Altersversorgung.

Die **Verbindlichkeiten aus Steuern** enthalten im Wesentlichen Lohnsteuerverbindlichkeiten.

Die **übrigen sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten hauptsächlich kreditorische Debitoren und erhaltene Kautionen.

13 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	419	304
	419	304

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst im Wesentlichen abgegrenzte Umsatzerlöse aus dem nationalen Carrier-Geschäft in Höhe von 212 Mio. € (31. Dezember 2016: 141 Mio. €), Zuschüsse der öffentlichen Hand in Höhe von 164 Mio. € (31. Dezember 2016: 120 Mio. €) sowie abgegrenzte Infrastrukturleistungen in Höhe von 18 Mio. € (31. Dezember 2016: 20 Mio. €). Der Anstieg der abgegrenzten Umsatzerlöse aus dem nationalen Carrier-Geschäft um 71 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus abgeschlossenen Zusatzvereinbarungen mit den Carriern.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

14 UMSATZERLÖSE

Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. €	2017	2016
Privatkunden	11 630	11 561
Geschäftskunden	5 979	5 915
Wholesale	3 826	3 816
Sonstiges	143	165
	21 578	21 457

Die Berichterstattung des Umsatzes erfolgt nach den spezifischen Kundengruppen Privatkunden, Geschäftskunden, Wholesale und Sonstiges.

Die Umsätze im Bereich **Privatkunden** resultieren aus mobilen Sprach- und Datendiensten einschließlich der Veräußerung von mobilen Endgeräten. Weiterhin zählen hierzu die klassischen Festnetzleistungen wie Sprachtelefonie, Internet und TV-Produkte zuzüglich Zubuchoptionen. Im Privatkundenbereich stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mrd. €. Mengenbedingte Umsatzrückgänge prägten weiterhin das klassische Festnetzgeschäft. Der Umsatz im Breitbandgeschäft war hingegen ansteigend. Im Mobilfunkbereich stieg der Umsatz hauptsächlich durch eine erfolgreiche Endgerätevermarktung.

Die Umsätze im Bereich **Geschäftskunden** werden durch den Vertrieb und Support sowohl standardisierter als auch kundenindividueller Telekommunikationsprodukte aus dem Festnetz- und Mobilfunkbereich, umfangreicher IT-Produkte sowie Service- und integrierter Systemleistungen erzielt. Im Geschäftskundenbereich stieg der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mrd. €. Dies ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Umsätze im Mobilfunkbereich und bei IT-Umsätzen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu ging im Festnetzbereich die klassische Sprachtelefonie zurück.

Der Bereich **Wholesale** versorgt Netzbetreiber und Internet Service Provider mit Vorleistungen. Zusätzlich liefert und bezieht dieser Bereich Interconnection-Leistungen. Der Umsatz im Wholesale-Bereich verzeichnete im Berichtsjahr eine stabile Entwicklung gegenüber dem Vorjahr.

Umsatzerlöse nach Regionen

in Mio. €	2017	2016
Inland	21 195	21 202
Ausland	383	255
	21 578	21 457

15 BESTANDSVERÄNDERUNGEN UND ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

in Mio. €	2017	2016
Veränderung des Bestands an nicht abgerechneten Leistungen	(2)	(6)
Andere aktivierte Eigenleistungen	19	36
	17	30

Die **Bestandsveränderung** ergibt sich aus den im Berichtsjahr abgerechneten Projektleistungen von Kundenaufträgen.

Die **anderen aktivierten Eigenleistungen** betreffen im Wesentlichen die Entwicklung von Plattformen für Mobilfunkstandorte (Systemtechnik) und Software für mobile Produkte sowie Investitionen in den Breitbandausbau (Systemtechnik und Linientechnik).

16 SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

in Mio. €	2017	2016
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	103	141
Erträge aus Versicherungsentschädigungen	48	53
Erträge aus Kundenpönalen	38	47
Erträge aus Weiterverrechnungen	31	22
Erträge aus Fremdwährungsbewertung (Währungsumrechnung)	20	11
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	13	10
Erträge aus Anlageabgängen	11	9
Erträge aus derivativen Finanzinstrumenten	6	5
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	4	36
Übrige Erträge	42	40
	316	374

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** betreffen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 44 Mio. € (2016: 57 Mio. €), Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von 17 Mio. € (2016: 6 Mio. €), Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen in Höhe von 7 Mio. € (2016: 22 Mio. €), Personalrückstellungen in Höhe von 3 Mio. € (2016: 4 Mio. €), Rückstellungen für Lohnsteuer- risiken in Höhe von 2 Mio. € (2016: 0 Mio. €) sowie übrige sonstige Rückstellungen inklusive Schadensersatzforderungen in Höhe von insgesamt 30 Mio. € (2016: 52 Mio. €).

Die **Erträge aus Versicherungsentschädigungen** sind überwiegend auf Erstattungen im Rahmen von Regressforderungen zurück- zuführen.

Die **Erträge aus Kundenpönalen** beinhalten Erträge aus Mahn- und Sperrgebühren sowie Rücklastschriften.

Die **Erträge aus Weiterverrechnungen** beinhalten insbesondere Erträge aus der Weiterverrechnung von Verwaltungskosten in Höhe von 17 Mio. € (2016: 19 Mio. €).

Die **Erträge aus Fremdwährungsbewertung** betreffen überwiegend Gewinne aus der Fremdwährungsbewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die **übrigen Erträge** beinhalten insbesondere Erträge aus Sachbezügen, deren Erfassung im Personalaufwand ausgeglichen wird.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Berichtsjahr periodenfremde Erträge gemäß § 285 Nr. 32 HGB in Höhe von 123 Mio. € (2016: 187 Mio. €) ausgewiesen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 103 Mio. € (2016: 141 Mio. €), Erträge aus der Forderungsbewertung in Höhe von 13 Mio. € (2016: 10 Mio. €) sowie Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten in Höhe von 4 Mio. € (2016: 36 Mio. €).

17 MATERIALAUFWAND

in Mio. €	2017	2016
AUFWENDUNGEN FÜR ROH-, HILFS- UND BETRIEBSSTOFFE UND FÜR BEZOGENE WAREN		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	117	132
Bezogene Waren	2 328	2 262
	2 445	2 394
AUFWENDUNGEN FÜR BEZOGENE LEISTUNGEN		
Netzzugangsentgelte	1 222	1 281
Sonstige bezogene Leistungen	3 393	3 346
	4 615	4 627
	7 060	7 021

Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren** erhöhten sich im Berichtsjahr um 51 Mio. €. Die Aufwendungen für bezogene Waren resultieren im Wesentlichen aus Handelswaren für den Mobilfunk- und Festnetzbereich. Der Anstieg dieser Aufwendungen um 66 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf den erhöhten Bezug von hochwertigen Endgeräten zurückzuführen.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** umfassen im Wesentlichen Montage- und Installationsarbeiten im Rahmen des Netzausbaus sowie bezogene Callcenter-Leistungen.

18 PERSONALAUFWAND/BESCHÄFTIGTE

in Mio. €	2017	2016
LÖHNE UND GEHÄLTER	730	832
SOZIALE ABGABEN UND AUFWENDUNGEN FÜR ALTERSVERSORGUNG UND FÜR UNTERSTÜTZUNG	189	169
davon: Aufwendungen für Altersversorgung der Arbeitnehmer	103	69
davon: Aufwendungen für Unterstützung	10	12
	919	1 001

Der Rückgang der **Aufwendungen für Löhne und Gehälter** um 102 Mio. € ist im Wesentlichen auf den Übergang von 3 739 Arbeitsverhältnissen zum 1. Juli 2017 auf die Deutsche Telekom Service GmbH, Bonn, und die Deutsche Telekom Privatkunden-Vertrieb GmbH, Bonn, im Rahmen des Projekts „Einf@ch Anders“ zurückzuführen.

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten (Full-Time-Equivalents) entwickelte sich wie folgt:

Anzahl	2017	2016
Tarifliche Angestellte	6 922	8 797
Nicht tarifliche Angestellte	1 636	1 875
	8 558	10 672
Auszubildende/Praktikanten	46	46

19 ABSCHREIBUNGEN

in Mio. €	2017	2016
PLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1 193	1 144
Abschreibungen auf Sachanlagen	2 005	1 958
	3 198	3 102
AUSSERPLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN		
gemäß § 253 Abs. 3 S. 5 HGB	5	8
	3 203	3 110

Die **planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände** betreffen im Wesentlichen Abschreibungen auf Nutzungsrechte an Software in Höhe von 695 Mio. € (2016: 710 Mio. €) sowie auf die UMTS-Lizenz in Höhe von 292 Mio. € (2016: 292 Mio. €) und auf die LTE-Lizenz in Höhe von 138 Mio. € (2016: 108 Mio. €).

Die **planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen** entfallen im Berichtsjahr im Wesentlichen mit 813 Mio. € (2016: 787 Mio. €) auf die Übertragungs- und Vermittlungstechnik, mit 723 Mio. € (2016: 724 Mio. €) auf das fernmeldetechnische Liniennetz, mit 240 Mio. € (2016: 207 Mio. €) auf sonstige fernmeldetechnische Anlagen, übrige Anlagen und Maschinen sowie mit 160 Mio. € (2016: 163 Mio. €) auf Funkeinrichtungen.

20 SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

in Mio. €	2017	2016
Marketingaufwendungen	1 882	1 775
Miet- und Pacht aufwendungen (einschließlich Leasing)	1 271	1 441
Wartungsaufwendungen (Instandhaltung)	1 224	1 122
IT-Support	544	483
Kostenerstattungen	266	292
Forschung und Entwicklung	135	134
Sonstige Personalnebenkosten	130	73
Aufwendungen aus der Forderungsbewertung	128	153
Lizenzen/Konzessionen	57	61
Verluste aus Anlageabgängen	47	82
Rechts- und Beratungskosten	43	51
Währungskursverluste	13	11
Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB	4	4
Übrige Aufwendungen	391	410
	6 135	6 092

Die **Marketingaufwendungen** beinhalten insbesondere Aufwendungen für Provisionen und Werbepremien im Zusammenhang mit Kundenakquise- und Kundenbindungsprogrammen in Höhe von 1,4 Mrd. € (2016: 1,3 Mrd. €). Ebenfalls werden hier Aufwendungen für Werbung, Sponsoring und Marktforschung in Höhe von 0,5 Mrd. € (2016: 0,5 Mrd. €) ausgewiesen.

Die **Miet- und Pacht aufwendungen** resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen im Rahmen des Warmmietmodells für die angemieteten Büro- und Technikflächen in Höhe von 1,2 Mrd. € (2016: 1,3 Mrd. €) sowie aus sonstigen Mieten und Pachten mit einem Anteil von 37 Mio. € (2016: 99 Mio. €) aus Mietnebenkosten für Mobilfunkstandorte und mit 32 Mio. € (2016: 34 Mio. €) für Miete von Fahrzeugen.

Die **Wartungsaufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Instandhaltung von technischen Anlagen in Höhe von 1,1 Mrd. € (2016: 1,0 Mrd. €).

Die **Aufwendungen für IT-Support** beinhalten Leistungen für den Betrieb von Anwendungen auf Großrechnern bzw. Client-/Server-Systemen, Netzleistungen, Leistungen für Arbeitsplatzsysteme und Software Support der Deutsche Telekom IT GmbH, Bonn.

Die **Aufwendungen für Kostenerstattungen** betreffen Aufwendungen aus der Verrechnung von Dienstleistungen im Rahmen des Cross Charging in Höhe von 199 Mio. € (2016: 196 Mio. €) sowie Aufwendungen für den Einsatz von Beamten im Rahmen der Überlassung von der Deutschen Telekom in Höhe von 67 Mio. € (2016: 96 Mio. €). Der entsprechende Personalaufwand für die Beamten wird bei der Deutschen Telekom ausgewiesen und an die Gesellschaft weiterbelastet.

Die **Aufwendungen für Forschung und Entwicklung** betreffen im Wesentlichen die Entwicklung von Software mit 127 Mio. € (2016: 126 Mio. €). Zudem wurden 8 Mio. € (2016: 8 Mio. €) für die Entwicklung neuer Produkte und verbesserter Netztechnik aufgewendet.

In den **sonstigen Personalnebenkosten** sind im Wesentlichen Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung in Höhe von 78 Mio. € (2016: 40 Mio. €) enthalten.

Die **Aufwendungen aus der Forderungsbewertung** beinhalten insbesondere mit 92 Mio. € (2016: 115 Mio. €) Bonitätsabschläge und Delkrederegebühren aus dem Forderungsverkauf sowie Forderungsausbuchungen im Rahmen des allgemeinen Ausfallrisikos.

Die **Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB** beinhalten Aufwendungen aus der Anpassung der Bewertung der Pensionsrückstellungen aufgrund des BilMoG in Höhe von 4 Mio. € (2016: 4 Mio. €). Das Wahlrecht zur Verteilung des Zuführungsbetrags gemäß Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB hat die Gesellschaft so ausgeübt, dass der jährliche Zuführungsbetrag einem Fünftel des insgesamt zuzuführenden Betrags entspricht.

Die **übrigen Aufwendungen** umfassen im Berichtsjahr insbesondere Aufwendungen für Porto- und Frachtkosten, Aufwendungen aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente sowie Aufwendungen für Dienstleistungen der Deutschen Telekom und der Deutsche Telekom Services Europe GmbH, Bonn.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Berichtsjahr periodenfremde Aufwendungen gemäß § 285 Nr. 32 HGB in Höhe von 49 Mio. € (2016: 84 Mio. €) ausgewiesen. Diese betreffen im Wesentlichen Verluste aus Anlageabgängen in Höhe von 47 Mio. € (2016: 82 Mio. €).

21 FINANZERGEBNIS

in Mio. €	2017	2016
Erträge aus Beteiligungen	1	1
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 Mio. € (2016: 0 Mio. €)		
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	73	37
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	(610)	(590)
BETEILIGUNGSERGEBNIS	(536)	(552)
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5	6
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 Mio. € (2016: 0 Mio. €)		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	1
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 Mio. € (2016: 0 Mio. €)		
davon: aus der Abzinsung von Rückstellungen 5 Mio. € (2016: 0 Mio. €)		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(208)	(198)
davon: an verbundene Unternehmen 173 Mio. € (2016: 185 Mio. €)		
davon: aus der Aufzinsung von Rückstellungen 30 Mio. € (2016: 9 Mio. €)		
ZINSENERGEBNIS	(197)	(191)
	(733)	(743)

Die **Erträge aus Beteiligungen** resultieren im Wesentlichen aus der Dividendenausschüttung der CTDI GmbH, Malsch.

Die **Erträge aus Gewinnabführungsverträgen** betreffen im Wesentlichen die Gewinnabführung der Deutsche Telekom Privatkunden-Vertrieb GmbH, Bonn, in Höhe von 61 Mio. € (2016: 35 Mio. €).

Die **Aufwendungen aus Verlustübernahmen** entfallen im Wesentlichen auf die Deutsche Telekom Technik GmbH, Bonn, in Höhe von 402 Mio. € (2016: 416 Mio. €), die Deutsche Telekom Service GmbH, Bonn, in Höhe von 94 Mio. € (2016: 88 Mio. €) und die Deutsche Telekom Außendienst GmbH (bis zum 30. Juni 2017: Deutsche Telekom Technischer Service GmbH), Bonn, in Höhe von 76 Mio. € (2016: 56 Mio. €).

Die **Zinsaufwendungen** sind im Wesentlichen auf Zinsen für Darlehen der Gesellschafterin Deutsche Telekom in Höhe von 142 Mio. € (2016: 157 Mio. €) zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurden Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen sowie Rückstellungen für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitvereinbarungen und für Langzeitguthaben sowie Lebensarbeitszeitkonten in Höhe von insgesamt 37 Mio. € (2016: 13 Mio. €) mit den Erträgen der entsprechenden CTA-Vermögen in Höhe von 8 Mio. € (2016: 5 Mio. €) im Zinsergebnis saldiert.

22 SONSTIGE STEUERN

Im Berichtsjahr ist ein Steueraufwand von insgesamt 0,4 Mio. € angefallen.

23 AUFGRUND EINES ERGEBNISABFÜHRUNGSVERTRAGS ABZUFÜHRENDER GEWINN

Im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags wurden 3,9 Mrd. € (2016: 3,9 Mrd. €) an die Gesellschafterin Deutsche Telekom abgeführt.

Aus der Bewertung der CTA-Vermögen zum beizulegenden Zeitwert resultiert ein abführungsgesperrter Betrag gemäß § 268 Abs. 8 S. 3 HGB in Höhe von 29 Mio. €. Da dieser durch die frei verfügbare Kapitalrücklage gedeckt ist, ist der Gewinn in voller Höhe abzuführen.

SONSTIGE ANGABEN

24 HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE GEMÄSS § 285 NR. 3 HGB SOWIE GRÜNDE DER EINSCHÄTZUNG DES RISIKOS DER INANSPRUCHNAHME VON HAFTUNGSVERHÄLTNISSEN GEMÄSS § 285 NR. 27 HGB

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	-	38
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 0 Mio. € (31.12.2016: 0 Mio. €)		
	-	38

Im Vorjahr bestand ein Haftungsverhältnis für die Gewährleistung gemäß § 133 Abs. 1 UmwG aus der 2007 erfolgten Übertragung der Pensionsverpflichtungen im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbereichs Kundenservice in die Deutsche Telekom Service GmbH, Bonn, in Höhe von 38 Mio. €. Mit Ablauf der gesetzlichen Frist von zehn Jahren endete das Haftungsverhältnis vor dem 31. Dezember 2017.

Im Rahmen der Einführung der Netzbetreiberportabilität in Mobilfunknetzen (MNP) hat die Gesellschaft im Jahr 2002 zusammen mit den anderen Netzanbietern die MNP Deutschland Gesellschaft bürgerlichen Rechts (MNP GbR), Düsseldorf, gegründet. Aufgrund der Gesellschaftsform kann sich grundsätzlich aus dieser Beteiligung eine unbeschränkte Haftung ergeben.

Es liegen keine Hinweise vor, die auf eine Inanspruchnahme schließen lassen.

25 SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

in Mio. €	31.12.2017			31.12.2016		
	Insgesamt	davon mit einer Fälligkeit		Insgesamt	davon mit einer Fälligkeit	
		im kommenden Geschäftsjahr	ab dem zweiten folgenden Geschäftsjahr		im kommenden Geschäftsjahr	ab dem zweiten folgenden Geschäftsjahr
Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 9,3 Mrd. € (31.12.2016: 10,4 Mrd. €)	9 405	1 230	8 175	10 454	1 349	9 105
Bestellobligo aus Verpflichtungen für künftige Aufwendungen und Investitionen davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 1,6 Mrd. € (31.12.2016: 1,9 Mrd. €) davon: gegenüber assoziierten Unternehmen 7 Mio. € (31.12.2016: 5 Mio. €)	5 919	3 572	2 347	4 042	2 789	1 253
Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 0,6 Mrd. € (31.12.2016: 0,5 Mrd. €)	596	596	-	497	497	-
	15 920	5 398	10 522	14 993	4 635	10 358

Die **Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen** gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen im Wesentlichen gegenüber der DFMG Deutsche Funkturm GmbH, Münster, in Höhe von 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,5 Mrd. €) und der Deutschen Telekom in Höhe von 3,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,9 Mrd. €).

Das **Bestellobligo** aus Verpflichtungen für künftige Aufwendungen und Investitionen setzt sich aus Abnahmeverpflichtungen für den nicht investiven Bereich in Höhe von 2,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 2,3 Mrd. €) sowie aus Abnahmeverpflichtungen für den investiven Bereich in Höhe von 3,9 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1,7 Mrd. €) zusammen. Der Anstieg des Bestellobligos um 1,9 Mrd. € resultiert im Wesentlichen aus neuen Abnahmeverpflichtungen für mobile Endgeräte.

Die **Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften** betreffen im Wesentlichen Ergebnisübernahmen der Deutsche Telekom Technik GmbH, Bonn, in Höhe von 365 Mio. € (31. Dezember 2016: 270 Mio. €), der Deutsche Telekom Service GmbH, Bonn, in Höhe von 111 Mio. € (31. Dezember 2016: 110 Mio. €) und der Deutsche Telekom Außendienst GmbH, Bonn, in Höhe von 95 Mio. € (31. Dezember 2016: 102 Mio. €).

Im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrags hat sich die Telekom Deutschland dazu verpflichtet, Vectoring-Technik bundesweit in 7 200 Nahbereichen auszubauen. Die Verpflichtung ist mit einer Geldstrafe von bis zu 224 Mio. € verbunden, sollte die Telekom Deutschland der Verpflichtung nicht fristgerecht nachkommen. Der Ausbau erfolgt in drei separaten Tranchen, die bis zum 9. Februar 2019, bis zum 9. November 2019 und bis zum 9. Februar 2020 befristet sind. Im Berichtsjahr wurden 130 Nahbereiche in der ersten Tranche erfolgreich umgeschaltet.

Die Telekom Deutschland ist im Rahmen des allgemeinen Geschäftsbetriebs an einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten, anderen Verfahren und Angelegenheiten beteiligt. Die Rechtsberatungskosten und die voraussichtlichen Kosten aufgrund negativer Verfahrensergebnisse werden bei den Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigt.

26 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Die Gesellschaft setzt zur Eliminierung von Risiken im Lieferungs- und Leistungsverkehr Devisentermingeschäfte ein.

Zum 31. Dezember 2017 hat die Telekom Deutschland Vereinbarungen über Devisenterminkäufe mit der Deutschen Telekom in Höhe von 378 Mio. USD (31. Dezember 2016: 220 Mio. USD) abgeschlossen. Die negativen beizulegenden Zeitwerte, die auf Basis einer Barwertermittlung aus direkt am Markt beobachtbaren Input-Faktoren abgeleitet wurden, betragen 15 Mio. € (31. Dezember 2016: positive Zeitwerte in Höhe von 14 Mio. €). Für diesen Betrag wurde in voller Höhe eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet und in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Darüber hinaus hat die Telekom Deutschland im Berichtsjahr für Anteile an einem assoziierten Unternehmen im Buchwert von 2 Mio. € eine kombinierte Kauf- und Verkaufsoption abgeschlossen. Aus der Bewertung der kombinierten Kauf- und Verkaufsoption unter Zugrundelegung des Black-Scholes-Modells resultiert zum 31. Dezember 2017 ein negativer beizulegender Zeitwert von 10 Mio. €, der in den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wurde.

27 HONORARE UND DIENSTLEISTUNGEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das vom Abschlussprüfer für das Berichtsjahr berechnete Gesamthonorar im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB ist in der entsprechenden Anhangangabe des Konzernabschlusses enthalten.

28 VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Mit Wirkung zum 1. Januar 2018 wurden im Rahmen des Projekts „Einf@ch Anders“ die Organisationseinheiten des Geschäftskundenvertriebs der Telekom Deutschland durch Kauf- und Übertragungsvertrag vom 12. Dezember 2017 auf die Deutsche Telekom Geschäftskunden-Vertrieb GmbH (bis zum 17. Oktober 2017: Rho Telekommunikationsdienste GmbH), Bonn, übertragen.

29 DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG DER TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH 2017

Dr. Dirk Wössner (seit 1. Januar 2018)

Vorstand Deutschland der Deutschen Telekom AG
Sprecher der Geschäftsführung der Telekom Deutschland GmbH (Managing Director)

Dr. Ferri Abolhassan

Geschäftsführer Service Transformation (bis 30. Juni 2017)
Geschäftsführer Service (seit 1. Juli 2017)

Walter Goldenits (seit 1. Januar 2017)

Geschäftsführer Technologie

Michael Hagspihl

Geschäftsführer Privatkunden

Hagen Rickmann

Geschäftsführer Geschäftskunden

Simone Thiäner (seit 1. Januar 2018)
Geschäftsführerin Personal (Arbeitsdirektorin)

Klaus Werner
Geschäftsführer Finanzen

Im Berichtsjahr ausgeschiedene Mitglieder der Geschäftsführung

Niek Jan van Damme (bis 31. Dezember 2017)
Vorstand Deutschland der Deutschen Telekom AG
Sprecher der Geschäftsführung der Telekom Deutschland GmbH (Managing Director)

Thomas Freude (bis 31. März 2017)
Geschäftsführer Technischer Service

Gero Niemeyer (bis 31. März 2017)
Geschäftsführer Kundenservice

Martin Seiler (bis 31. Dezember 2017)
Geschäftsführer Personal (Arbeitsdirektor)

30 DER AUFSICHTSRAT DER TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH 2017

Timotheus Höttges
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG

Frank Sauerland*
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 18. Januar 2017)
Bereichsleiter Tarifpolitik Grundsatz, Fachbereich 9, ver.di Bundesverwaltung

Roland Angst*
Leiter Strategische Kooperationen und Projekte GK der Telekom Deutschland GmbH

Anke Bardenhagen*
Betriebsrätin Technology der Telekom Deutschland GmbH

Dr. Andreas Bierwirth
Managing Director der T-Mobile Austria GmbH

Christina Brakat* (seit 1. Januar 2018)
Betriebsrätin Geschäftskunden/Wholesale der Telekom Deutschland GmbH

Reiner Ginko*
Stellvertretender GBR-Vorsitzender, Betriebsrat Betrieb F/HR/MD der Telekom Deutschland GmbH

Jörg Hülsey* (seit 1. Juli 2017)
Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Telekom Deutschland GmbH

Dr. Christian P. Illek
Vorstand Personal der Deutschen Telekom AG

Dr. Claudia Junker
General Counsel, Leiterin Group Headquarters Legal/Group Legal Services der Deutschen Telekom AG

Wolfgang Kopf
Leiter Zentralbereich Politik & Regulierung der Deutschen Telekom AG

*Vertreter der Arbeitnehmer.

Dr. Guillaume Maisondieu

Leiter Group Accounting & Customer Finance der Deutschen Telekom AG

Peter Praikow*

Leiter Fachgruppe Telekommunikation, ver.di Bundesverwaltung

Stefan Ramge

Leiter Referat Beteiligungen an der Deutschen Telekom AG, Bundesministerium der Finanzen

Nicole Seelemann-Wandtke* (seit 1. Januar 2018)

Betriebsrätin Privatkunden der Telekom Deutschland GmbH

Michael Wilkens

Senior Vice President Group Controlling der Deutschen Telekom AG

Im Berichtsjahr ausgeschiedene Mitglieder des Aufsichtsrats**Sylvia Hauke* (bis 30. Juni 2017)**

Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Betriebsrätin VSD Region Nord der Telekom Deutschland GmbH

Werner Kuchler* (bis 31. Dezember 2017)

Betriebsratsvorsitzender Geschäftskunden Region Süd/Südwest der Telekom Deutschland GmbH

Heike Schmaida* (bis 31. Dezember 2017)

Sachverständige Betriebsrätin im Betriebsrat GK Region Nord der Telekom Deutschland GmbH

31 VERGÜTUNG VON GESCHÄFTSFÜHRUNG UND AUFSICHTSRAT

Die Bezüge der Geschäftsführer der Gesellschaft belaufen sich im Berichtsjahr auf 7,9 Mio. €. Darin enthalten sind insgesamt 18 433 Stück Anrechte auf Matching Shares mit einem beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung in Höhe von 254 Tsd. €. Ebenfalls enthalten sind für die 2017 neu begebene Tranche 2017 des Long Term Incentive Plans virtuelle Aktien im Umfang von 88 864 Stück, deren beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung 1,4 Mio. € betrug.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung der Gesellschaft sowie deren Hinterbliebene haben im Berichtsjahr Bezüge in Höhe von 2,3 Mio. € erhalten.

Für Anwartschaften von ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung der Telekom Deutschland wurden Rückstellungen in Höhe von 5,3 Mio. € gebildet.

Im Berichtsjahr belaufen sich die Bezüge für den Aufsichtsrat auf 130 500,00 €. Ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft sowie deren Hinterbliebene haben im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Die Telekom Deutschland hat im Berichtsjahr keine Kredite an Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmitglieder gewährt.

*Vertreter der Arbeitnehmer.

32 ANTEILSBESITZLISTE GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB**1. Verbundene Unternehmen**

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Über	Indirekt %	Direkt %	Gesamt-nominal-wert	Wäh-rung	Eigenkapital in Tsd.	Jahresüber-schuss/Jahresfehl-betrag in Tsd.	Wäh-rung	Bemer-kung
1.	congstar GmbH, Köln			100,00	250 000	EUR	3 900	-	EUR	b)
2.	congstar Services GmbH, Köln	1.1	100,00		30 000	EUR	49 092	-	EUR	a) b)
3.	Deutsche Telekom Außendienst GmbH, Bonn			100,00	27 000	EUR	56 965	-	EUR	a) b)
4.	Deutsche Telekom Geschäftskunden-Vertrieb GmbH, Bonn			100,00	25 000	EUR	25	(1)	EUR	b)
5.	Deutsche Telekom Glasfaser Service GmbH, Bonn			100,00	26 000	EUR	2 032	-	EUR	a) b)
6.	Deutsche Telekom Individual Solutions & Products GmbH, Bonn			100,00	25 000	EUR	923	-	EUR	a) b)
7.	Deutsche Telekom Privatkunden-Vertrieb GmbH, Bonn			100,00	10 000 000	EUR	44 258	-	EUR	a) b)
8.	Deutsche Telekom Service GmbH, Bonn			100,00	25 000	EUR	19 110	-	EUR	a) b)
9.	Deutsche Telekom Technik GmbH, Bonn			100,00	27 000	EUR	29 652	-	EUR	a) b)
10.	emetriq GmbH, Bonn			100,00	100 000	EUR	3 130	(13 920)	EUR	b)
11.	Tau Telekommunikationsdienste GmbH, Bonn			100,00	25 000	EUR	25	(1)	EUR	b)
12.	Telekom Deutschland Multibrand GmbH, Bonn			100,00	25 000	EUR	27	-	EUR	a) b)
13.	Zweite DFMG Deutsche Funkturm Vermögens-GmbH, Bonn			100,00	100 000	EUR	37 125	-	EUR	a) b)

2. Assoziierte Unternehmen und übrige Beteiligungen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Über	Indirekt %	Direkt %	Gesamt-nominal-wert	Wäh-rung	Eigenkapital in Tsd.	Jahresüber-schuss/Jahresfehl-betrag in Tsd.	Wäh-rung	Bemer-kung
1.	CTDI GmbH, Malsch (Kreis Karlsruhe)			15,50	4 016 393	EUR	42 740	2 090	EUR	b)
2.	Electrocycling Anlagen GmbH, Goslar			25,00	9 000 000	DEM	8 186	491	EUR	b)
3.	Electrocycling GmbH, Goslar			25,50	1 500 000	EUR	9 444	420	EUR	b)
4.	MNP Deutschland GbR, Düsseldorf			25,00	0	EUR	102	(33)	EUR	b) c)

a) Jahresüberschuss/-fehlbetrag unter Berücksichtigung der vorhandenen Ergebnisabführungsverträge

b) Eigenkapital bzw. Jahresüberschuss/-fehlbetrag per 31.12.2016

c) Die Telekom Deutschland GmbH ist unbeschränkt haftender Gesellschafter

Bonn, den 13. Februar 2018

Telekom Deutschland GmbH
Die Geschäftsführung

Dr. Dirk Wössner

Dr. Ferri Abolhassan

Walter Goldenits

Michael Hagspohl

Hagen Rickmann

Simone Thiäner

Klaus Werner

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Telekom Deutschland GmbH, Bonn

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Telekom Deutschland GmbH, Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Hinweis auf einen sonstigen Sachverhalt

Unter Inanspruchnahme der Erleichterungsvorschrift des § 264 Abs. 3 HGB wurde kein Lagebericht aufgestellt. Im Zeitpunkt der Beendigung unserer Abschlussprüfung konnte nicht abschließend beurteilt werden, ob die Befreiungsvorschrift des § 264 Abs. 3 HGB zu Recht in Anspruch genommen worden ist, weil die Voraussetzungen nach § 264 Abs. 3 Satz 1 sowie Satz 1 Nr. 3, Nr. 4 und Nr. 5 Buchst. c) bis e) HGB ihrer Art nach erst zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt werden können. Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss ist diesbezüglich nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht

aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Düsseldorf, den 13. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Thomas Tandetzki
Wirtschaftsprüfer

Erik Hönig
Wirtschaftsprüfer